

Der Bürgermeister geht auf die Bürgeranregungen ein und verweist auf das bisherige Verfahren und die Erörterung im letzten Rat.

Herr Gräf erklärt, dass seine Fraktion die Bürgeranregung auf fachliche Aspekte geprüft habe. Man werte die Ziffern 3 und 10 als Beschwerde. Diesbezüglich wäre eine klarstellende Vorlage mit entsprechendem Beschlussvorschlag für den nächsten Hauptausschuss sinnvoll. Die Ziffern 1, 2, 4, 6, 8 und 9 sehe man in der Zuständigkeit des APUE. Die Sachverhalte 7 und teilweise 9 liege darüber hinaus in der Zuständigkeit des ABV und ggf. des Betriebsausschusses. Vorschlag der FDP sei, diese Punkte auch an die Fachausschüsse weiterzuleiten.

Herr Sterzenbach sieht dies ähnlich, wobei die Punkte 7 und 9 auch in den APUE könnten, da auch bei diesen Sachverhalten planerische Schwerpunkte eine Rolle spielten. Käme es zu einer technischen Umsetzung im Sinne Maßnahmebeschluss würden ohnehin im Laufe des weiteren Verfahrens die Werke eingebunden.

Der Bürgermeister fasst zusammen und hält fest, im Sinne der Wortmeldungen die Punkte 3 und 10 erneut im Hauptausschuss zu beraten und alle übrigen Punkte zunächst in den APUE zu verweisen.

Herr Scholz ergänzt, dass eigentlich die Punkte 3 und 10 auch in den APUE gehörten. Im Übrigen schlägt er vor, die Sitzung kurz zu unterbrechen und Vertretern der Bürgerinitiative Gelegenheit zu geben, sich zum vorgeschlagenen Verfahren zu äußern.

Mit Blick auf das gewünschte Verfahren stellt der Bürgermeister klar, dass das Procedere bei Beschwerden zunächst den HA einbinde, und dann ggf. weiter in den Fachausschuss verwiesen werde.

Herr Sonntag bittet um eine zügige Behandlung der Beschwerde. Außerdem beantragt er, dass die Verwaltung sich mit Vorlagen für die beratenden Fachausschüsse argumentativ zu den Ausführungen der Bürgerinitiative positioniert, insbesondere auch zu den genannten widersprüchlichen Aussagen. Man erwarte eine Bewertung und Stellungnahme zu den Ausführungen.

Herr Sterzenbach erklärt, dass ohnehin so verfahren würde.

**Um Vertretern der Bürgerinitiative Gelegenheit zur Äußerung zu geben, unterbricht der Bürgermeister um 20.38 Uhr die Sitzung und ruft zwei Minuten später zu deren Fortsetzung auf.**

In der Sitzungsunterbrechung erklärt sich Herr Dr. Rathke von der Bürgerinitiative mit dem in der Aussprache angesprochenen Verfahren einverstanden und wünscht auch eine argumentative Darstellung der Verwaltung.

Der Bürgermeister fasst zusammen und stellt fest, dass im Sinne der in der Aussprache angesprochenen Vorschläge die beschwerderelevanten Sachverhalte der Punkte 3 und 10 zunächst im HA weiterbehandelt werden und – da planungsrelevante Inhalte betroffen sind – weiter im APUE behandelt werden. Alle übrigen Punkten der Bürgeranregung werden im APUE beraten. Die gewünschten Verwaltungsvorlagen sagt der Bürgermeister zu. Aufgrund dessen verzichtet Herr Sonntag auf eine Abstimmung zu seinem Antrag und verlässt sich auf die Aussage des Bürgermeisters.

Über dieses Verfahren besteht Einvernehmen, so dass formell kein Beschluss gefasst wird.